

Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Hauptredaktion: Gabelsbergerstr. 25/241
Telefon-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr: In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 17,50 M., vierteljährlich 52,50 M.
Anzeigen-Preise: Die einseitige 37 mm breite Zeile 4,- M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter 200 W. u. Wohnungsanzeigen, 1 spaltige Anz. u. Besuche 25,- M. Bezugsgebühren laut Zard. Kassendrucke gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Vertrieb und Abonnementsstelle:
Martenstraße 33/40.
Druck u. Verlag von "epich & Neichardt" in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Vorpostengefechte für Cannes.

Die gemeinsamen Interessen der Alliierten.

Paris, 4. Jan. Der „Tempo“ bringt in seinem Leitartikel auf die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen der Alliierten bei den Verhandlungen in Cannes. Die französischen Interessen mit denen Belgiens in Gegensatz zu bringen, wäre Wahnsinn. Italien und Frankreich hätten ebenso große Interessen im Mittelmeer, das allein ihre Eingangs- und Abgangspunkte ihrer Wirtschaftlichen Sicherung könne. Die Bedingung für den dauernden Frieden Europas und die Wiedergewinnung des Handelsmarktes besteht nach dem „Tempo“ darin, daß Frankreich und England einer dem andern verpflichtet seien, sich mit aller Kraft zu unterstützen, wenn sich ein deutscher Angriff vorbereite. Deutschland müsse später unter gewissen Bedingungen dieser gegenseitigen Verpflichtung beitreten. Die französisch-englische Allianz ist tatsächlich das einzige Mittel, Deutschland ohne Erschütterung und ohne Gefahr für irgend jemanden in die Familie der Nationen zurückzuführen. (W. T. B.)

London, 4. Jan. Die „Times“ bringt in ihrem Leitartikel auf die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen der Alliierten bei den Verhandlungen in Cannes. Die französischen Interessen mit denen Belgiens in Gegensatz zu bringen, wäre Wahnsinn. Italien und Frankreich hätten ebenso große Interessen im Mittelmeer, das allein ihre Eingangs- und Abgangspunkte ihrer Wirtschaftlichen Sicherung könne. Die Bedingung für den dauernden Frieden Europas und die Wiedergewinnung des Handelsmarktes besteht nach dem „Tempo“ darin, daß Frankreich und England einer dem andern verpflichtet seien, sich mit aller Kraft zu unterstützen, wenn sich ein deutscher Angriff vorbereite. Deutschland müsse später unter gewissen Bedingungen dieser gegenseitigen Verpflichtung beitreten. Die französisch-englische Allianz ist tatsächlich das einzige Mittel, Deutschland ohne Erschütterung und ohne Gefahr für irgend jemanden in die Familie der Nationen zurückzuführen. (W. T. B.)

Paris, 4. Jan. „Journal des Débats“ schreibt: Die Konferenz von Cannes habe nicht die Aufgabe, ein englisches-französisches Bündnis auszuarbeiten. Der Abschluß eines Bündnisses mit England würde keinerlei Ordnung schaffen. Es würde Frankreich nur eine illusorische Sicherheit bieten, wenn diesem Abschluß nicht die Regelung wichtiger bedeutender Fragen vorangehe, die Frankreich und England beschäftigen. Unter diesen Fragen sei die dringende die Reparationsfrage. (W. T. B.)

Die Lösung des belgischen Prioritätsproblems.

Ungeklärte Konzessionen an Frankreich und Belgien.

Paris, 4. Jan. Die „Information“ glaubt unrichtig zu sein, daß zur Lösung des schwierigen Problems der belgischen Priorität englischerseits der sofortige Abschluß eines Beliebigens unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages gewährt werden sollte. 150 Millionen Goldmark zu verzinsen. Außerdem würde sich England bei den Vereinigten Staaten dafür einsetzen, daß diese die Zahlung eines Beliebigens gewähren. Ein solches von 500 Millionen Goldmark, deren Zinsen im Verhältnis zur Priorität lag, kündeten. Frankreich würde man dadurch entkommen, daß die 100 Millionen Goldmark, die ihm für die Saargruben angerechnet werden sollen, einweilen nicht vermindert würden, sondern vollständig auf dem französischen Schuldkonto ein offener Posten bleiben. Endlich würden die Bestimmungen, die am 18. August von der Konferenz der Finanzminister in Paris getroffen wurden und die sich auf den Preis der deutschen Kohlen beziehen, fallen gelassen werden. Man würde für die deutsche Kohle den Preis der französischen, oder falls sich die nach St. Quentin beförderte englische Kohle billiger stellen sollte, deren Preis berechnen. Endlich würde Frankreich von englischer Seite das Zugeständnis erhalten, daß England dem Wiesbadener Abkommen keine Zustimmung geben würde, jedoch mit der Abänderung, daß Deutschland im Jahre 1922 nur 1 1/2 Milliarden und 1923 und 1924 für je 1 1/2 Milliarden an Naturalieferungen zu leisten hätte, statt der für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 1. Mai 1926 vorgesehenen 7 Milliarden.

Was den Plan eines internationalen Finanzkonjunktions anbelangt, so behauptet die „Information“, daß dieses Konjunktions auch berechtigt sein solle, Banknoten auszugeben, deren Rückzahlung in der Währung jener Länder erfolgen solle, deren Finanzinstitute sich an den Operationen des Konjunktions beteiligten. Diese Noten würden durch Gold oder Barren der genannten Länder in ihrem Werte garantiert werden.

Wiederaufbau von Westen nach Osten.

London, 4. Jan. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ behauptet, daß sich das internationale Finanzkonjunktions in der Hauptsache mit dem Wiederaufbau der ökonomischen Nachkriegswirtschaften beschäftigen wolle. Man sei dabei übereingekommen, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas schrittweise von Westen nach Osten durchgeführt werden solle. Das sei eine draktische Methode, da das wirtschaftliche Chaos in Europa von Westen nach Osten anwuchs. Das Kapital dieses Konjunktions von 30 Millionen Pfund Sterling müsse aber verteilt werden, wenn man am wirtschaftlichen Wiederaufbau Anstalten arbeiten wolle.

Anfälligkeit des ganzen Reparationsproblems?

Berlin, 4. Jan. Die Sozialdemokratische Parlamentarier erklären, habe sich die Reparationskommission mit den Ausführenden des Staatssekretärs Fischer auf die Rückfragen der Entente zufriedengegeben, so daß eine schriftliche Beantwortung der Rückfragen nicht mehr nötig sei. Dagegen hätten die Verhandlungen zwischen der Kommission und nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt, und somit werde in Cannes über die Angelegenheit der Januar- und Februar-Zahlungen hinaus bestimmt das ganze Reparationsproblem aufgeregt werden.

Brands Ankunft in Cannes.

Cannes, 4. Jan. Ministerpräsident Brand ist heute mittags mit Begleitung hier eingetroffen. (W. T. B.)
Cannes, 4. Jan. Brand wird nachmittags eine erste Zusammenkunft mit Lloyd George haben, an der auch Doucet und Sir Robert Horne teilnehmen sollen. (W. T. B.)

Lloyd George gegen Zwangsmaßnahmen.

Paris, 4. Jan. Aus Berliner Quellenkreisen melden die Pariser Blätter, Lloyd George sei entschlossen, in Cannes sich für die Aufhebung der Sanktionen und für die Unterdrückung aller Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland einzusetzen, weil solche Maßnahmen nur dazu führen könnten, Deutschland noch mehr zu desorganisieren. Es läge aber im Interesse der Entente, für die wirtschaftliche Erhebung Deutschlands zu sorgen.

Guanaris in Cannes.

Paris, 4. Jan. Man hält es immer noch für möglich, daß die Konferenz der Außenminister nicht, wie bisher beabsichtigt, in Paris, sondern in Cannes abgehalten werden könne. — Der griechische Außenminister Guanaris hat heute Rom verlassen und ist nach Cannes abgereist, wo er einige Zeit verweilen wird. Er wird dort während der ganzen Dauer der Konferenz Aufenthalt nehmen. Die Verhandlungen mit der italienischen Regierung über die Anteil am Mesopotamischen Meer haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Guanaris hofft aber, daß ein solches in Cannes zu Stande kommen könnte.

Im Zeichen der Wiederherstellung Europas.

London, 4. Jan. Der politische Berater des „Manchester Guardian“ schreibt: Die in einigen Wochen ausfindenden Neuwohlen würden von der Arbeitslosenfrage befreit werden. Das von der Regierung dafür vorgeschlagene Mittel sei die Wiederherstellung des Handels und zu diesem Zwecke die Wiederherstellung Europas, insbesondere Deutschlands und Italiens. Die Hindernisse lägen im Zustande, insbesondere in Frankreich. Sowohl gegen Frankreich als auch gegen ganz Europa werde Lloyd George und seine Regierung viel härter dastehen, wenn Neuwohlen sie behält hätten. Wenn die Regierung eine Niederlage erleiden sollte, so könnte eine liberale oder eine Arbeiter-Delegation folgen, die sich ganz unwillkürlich vereinigen würden, um noch entschlossener die Wiederaufbauarbeit zu verrichten, die die jetzige Regierung schon angenommen habe. (W. T. B.)

Amerika und die europäische Wirtschaftslage.

London, 4. Jan. Neuer meldet aus Washington: Präsident Harding und das amerikanische Kabinett verbrachten zwei Stunden mit der Erörterung der europäischen Wirtschaftslage. Amlich wird mitgeteilt, daß der letzte Beschluss bezüglich der amerikanischen Politik in der Frage der Teilnahme an der europäischen Konferenz gefaßt wurde.

Das Kompromiß in der Unterseebootsfrage.

Unerwartete Nachgiebigkeit Frankreichs.

Paris, 4. Jan. Pavao meldet aus Washington: Frankreich hat grundsätzlich den amerikanischen Vorschlag angenommen, der eine Verwendung von Unterseebooten gegen Handelsfahrzeuge verbietet. Die Delegierten haben sich aber die endgültige Zustimmung vorbehalten, bis der genaue Wortlaut der Erklärung erörtert ist. England hat bereits zugestimmt. Obwohl die italienischen Delegierten keine endgültigen Annahmen erließen, haben die gestern abend vorliegenden Angaben die Annahme zugelassen, daß weder Italien noch Japan ernsthafte Einwendungen erheben würden, wenn der Vorschlag die volle Zustimmung Frankreichs erhalte. (W. T. B.)

Washington, 4. Jan. Gestern abend gab Serrano im Verlaufe der Debatte über die Beschränkung des Unterseebootskrieges folgende Erklärung ab: Frankreich nimmt ohne Vorbehalt nicht nur die Entscheidung Rotes, sondern auch den Vorschlag an. Was die amerikanische Entscheidung anlangt, so nehmen wir den Inhalt vollständig an. Die Abwärtswirtschaften werden dieser Entscheidung die endgültige Form geben, damit ihre Bedeutung durchaus klar ist. (W. T. B.)

Die festgefahrene Schantungfrage.

London, 4. Jan. Es verlautet, daß die chinesische Delegation Valfour und Hughes erkrankt habe, in der auf einen roten Punkt gelangten Schantungfrage zu vermitteln. (W. T. B.)

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Dr. Birth's Bemühungen um ein Steuerkompromiß.
Berlin, 4. Jan. Heute vormittag um 10 Uhr hielt die Reichsregierung eine Ministerversammlung ab, in der sie sich hauptsächlich mit der Reparationsfrage und mit dem Finanzproblem beschäftigte. Die Sitzung dauerte bis um 12 Uhr. Um 12 Uhr empfing der Reichskanzler Dr. Birth die Parteiführer. Der Reichskanzler unterrichtete die Parteiführer über die ständlichen Fragen der auswärtigen Politik, in der Hauptsache aber nach die Besprechung einer Erörterung der Steuerreform, deren Erledigung unmittelbar nach dem Wiederantritt des Reichstages in Angriff genommen werden soll. Die Bemühungen sind darauf gerichtet, ein Kompromiß betreffs des Steuerproblems zu erreichen.

Der Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 4. Jan. Abg. Dr. Stresemann hat, wie schon kurz berichtet, als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages die Absicht, den Ausschuss nach der Konferenz von Cannes zu einer Sitzung einzuladen, damit die Führer der politischen Parteien und auch die Regierung Gelegenheit haben, ihre Stellungnahme zu den in Cannes gefaßten Beschlüssen darlegen zu können. Die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses wird auch deshalb für zweckmäßig erachtet, weil der Zusammentritt des Reichstages erst im 19. Januar vorzugehen ist und man der Regierung noch vor diesem Termin Gelegenheit geben will, den Vertretern der Reichstagsparteien Mitteilung über ihre Politik zu machen. Ein bestimmter Tag für die Einberufung des Ausschusses ist noch nicht festgesetzt.

Rußland als europäischer Wirtschaftsfaktor.

Vier Jahre mehr oder weniger vollständigen Abstufes Rußlands von der Weltwirtschaft haben sich bitter gerächt, sowohl für die Ruhestehenden wie für Rußland selbst. Und die Erkenntnis dieser Tatsache hat ihren Ausdruck in den beiden großen Strömungen gefunden, die einerseits vom Westen nach Osten und andererseits hinführend von der Sowjetmacht zum ausländischen Kapitalismus führen, Verbindungen, die wegen ihrer elementaren Notwendigkeit zu immer engerer Annäherung drängen und die gesamte europäische Wirtschaftspolitik beherrschen. Zwei deutlich sichtbare Etappen sind erreicht, einmal in dem neuartigen Plan des internationalen Wirtschaftskonjunktions zum Wiederaufbau Rußlands, sodann in der bedeutungsvollen Billigung des neuen Leninischen Kurzes durch den eben zu Ende gegangenen 9. Parteitag in Moskau. Was die Entente auf den Weg der wirtschaftlichen Verbindungen gedrängt hat, ist bekannt. Militärisch mit Hilfe Denikins, Koltschaks, Wrangels und Potemkin war Rußland nicht bezugommen, das System der Handelsverträge hat infolge der ungleichen Rechtsverhältnisse und des fehlenden Austauschwertes in Rußland nur kümmerliche Anfänge gebracht. Zudem ist durch die Zerrüttung der mitteleuropäischen Verhältnisse Rußland mit seiner gegenüber Rußland bereits im Frieden um mehr als dreifach höheren Aufnahme ausländischer Waren als Käufer ausgetrieben. Andere Absatzmärkte sind durch die eigene industrielle Entwicklung der britischen Dominions und Ausbreitung des amerikanischen Handels nicht vorhanden, und so ist der einzige Ausweg Rußland mit seinem Warenmangel und seinen ungenügenden Rohstoffen. Aber dieser Weg kann nicht beschritten werden, wenn Rußland nicht ebenfalls die Hand ausstreckt, wenn es nicht durch sichere Garantien die Bahn für irgendwelche ausländische Investitionen in Rußland ebnet. Der Verlauf des Parteitagess ist vielleicht ein erster Schritt auf diesem Wege.

Alle Versuche, Rußland als Absatzgebiet für den europäischen Markt wiederzugewinnen, sind bisher gescheitert und mühen sich weiter an der Zerrüttung der russischen Währung, die den Handelsverkehr gegen Vorkaufsmärkte nur in ganz bescheidenem Maße zuläßt, und vor allen Dingen am wirtschaftlichen System. Nur schwer können wir uns zu Bild davon machen, wie man in einem Staate leben kann, der weder Zivil- noch Strafrecht, der lediglich Rechte des Staates an die Volksgenossen über seine der Volksgenossen untereinander kennt. Soemannte Volksgesetze sind vorhanden, aber sie urteilen nach freiem Ermessen. Sie sind kommunistische Parteilichkeiten, deren Entscheidungen für jedes ausländische kapitalistische Unternehmen verhängnisvoll werden müssen. Wie soll sich ein nennenswerter Handelsverkehr entwickeln, der sich bei der verfallenen russischen Währung zunächst auf Kredit stützen muß, wenn der Gläubiger keine rechtliche Handhabe besitzt, seine Forderungen einzureichen, wie sollen ausländische Unternehmen, wie sie zum Wiederaufbau unvermeidlich sind, sich in Rußland niederlassen können, wenn sie keinerlei Rechtsschutz genießen? Es kann nur ein Zweifel bestehen, daß jede wirtschaftliche Ordnung nur unter den entsprechenden politisch-rechtlichen Verhältnissen denkbar ist. Und selbst wenn es gelänge, durch Verträge mit der Zentralgewalt irgendwelche Schutzgarantien für ein erprobtes Arbeiten mit dem Rußlande zu schaffen, so bliebe es immerhin fraglich, ob die sowjetischen Volksgesetze die die alleinige ausübende Macht in den Händen haben, den Moskauer Nichtigen folgen und nicht durch selbstherrliches Einreiten mit Hilfe der besetzten Kontributionen jede wirtschaftliche Grundlage fremder Unternehmen zerstören. Ein lehrreiches Beispiel dafür sind die außerordentlichen Kontributionen von einmal 100, dann 150 Milliarden Rubel auf den ausblühenden Handel der Stadt Baku, der dadurch wieder vernichtet wurde. Genau abgegrenzte und kontrollierbare Garantien gegen jeden Einwirkungsversuch sowjetischer Volksgewaltigen wären mitfin neben der Schaffung gelebter Schutz- und Einwirkungsbestimmungen die grundlegenden Voraussetzungen für jede fremde Beteiligung in Rußland. Das gefährliche Gemisch für ausländische Wirksamkeit in Rußland aber bildet die verhängnisvolle „Tscheka“, die außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution, die schrankenlose Verfügung über Leben und Tod, über Besitz und Eigentum nicht nur der Russen, sondern auch der Ausländer hat. Sie hat, wie der englische Großindustrielle Leslie Uranhart, der auf Grund des englisch-russischen Handelsvertrages ein früheres Unternehmen in Rußland wieder aufleben wollte, diesen Verlust aber aufgeben mußte, in einem Brief an Krasin ausführt, durch hochentwickelte Methoden der Verleumdung, der Beschädigung und des Mordes auf die gewissenlosste Weise dem russischen Volke eine widerliche Unterwerfung aufzuzwingen. Es würde daher jede Phase verlässlicher Tätigkeit des Unternehmens, seiner Beamten und Arbeiter selbst innerhalb ihrer vier Wände von dieser terroristischen Organisation bedroht sein.“ Deutlicher als dieser britische Industrielle auf Grund genauer Kenntnis der russischen Verhältnisse den ungläubigen Zustand der Rechtslosigkeit und der Unmöglichkeit der pionierenden Selbstimpulze schildert, kann man die Schwierigkeiten kaum dartun, die jedem ausländischen Versuch zum Wiederaufbau in Rußland und zur Anbahnung geordneter Wirtschaftsbeziehungen entgegenstehen.

Und wenn heute die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland und die Erschließung des russischen Marktes im Vordergrund der europäischen Politik steht, so muß vorher die grundlegende Frage geklärt werden, ob es überhaupt möglich ist, einen Ausgleich zu finden zwischen den beiden so grundverschiedenen Systemen, wie sie der zur

mit allen Mitteln der Gewalt aufrecht zu erhaltende Kom-
munismus und der Kapitalismus darzustellen. Ansätze einer
russischen Annäherung sind seit der Einführung des neuen
Kurzes durch Lenin zu beobachten und haben auf dem Wirt-
schaftskongress ihren Höhepunkt im Ausdruck gefunden. Lenin
sieht, wie er in seiner großen Rede in Moskau ausführte,
die notwendige Hilfe für die Nationen in der Wiederher-
stellung des Handels. Er sagt seinen Genossen bittere Wahr-
heiten, wenn er die Vernichtung des Handelsverkehrs als
Ursache der Unmöglichkeit, die Wirtschaftskrisis zu
verwerten, bezeichnet, wenn er das soziale Leben von der
proletarischen Bewegung getrennt, wobei der Proletariat
zusammen mit der Großindustrie spurlos verschwinden ist,
wenn er den sogenannten Gewerkschaften den Rat gibt,
seine Politik zu treiben, sondern die Methoden der pro-
vontionstheorie zu lernen. Der Sowjetkongress hat die
Grundzüge der neuen Politik Lenins gebilligt und beschlossen,
die Entwicklung fortzusetzen. Weiterhin hat der Kongress
eine Reihe von Maßnahmen zur Anpassung des Sowjet-
apparates an die Durchführung der neuen Funktionen ge-
lassen, die mit dieser Politik verbunden sind, darunter auch
die Umbildung einer letzten juristischen Rechts-
ordnung, die, wenn sie auch eine Sowjetrechtsordnung
wird, doch wesentliche Anknüpfungen zur Erhaltung der
notwendigen rechtlichen Grundlagen geben könnte. Die wich-
tigste Veränderung aber ist in einer auf die Wiederherstellung
zurückzuführenden Verurteilung der Allmacht der Tscheka
zu sehen, die nunmehr lediglich auf das rein politische Ge-
biet beschränkt werden soll. Demnach, das sind Ansätze, die
das Streben der Sowjetmacht nach Befreiung der
einer internationalen Weltarbeit entgegenstehenden Ein-
drücke erkennen lassen. Sie sind aber noch nicht in die
Praxis umgesetzt. Und selbst wenn es der Sowjetregierung
gelingen könnte, diese Schritte zu verwirklichen, werden auch
die wohl kaum genügen, um ein reibungsloses Neben-
einanderarbeiten in Richtung an erdähnlichen. Die weit
darüber hinaus weitere verbindende Garantien geschaffen
werden können, wird erst die von Woodrow Wilson pro-
ponierte allgemeine Wirtschaftskonferenz zeigen müssen, auf der
Rusland neben Deutschland vertreten sein wird. Sie muß
vor allen Dingen darüber Aufschluß geben, ob eine reguläre
Aufnahme geordneter Wirtschaftsverhältnisse mit Rusland
überhaupt möglich ist, ohne grundlegende Veränderung des
gesamten Regierungssystems. Dazu aber ist Lenin keines-
wegs bereit. Er hat seinen Willen darüber geäußert, daß
er den Weg der Fiktion des Handels wie überhaupt der
gesamten Neuorientierung nur als Mittel zum Zweck benutzen
soll, um die eigene Beherrschung zu sichern, bis der Wiederaufbau der
russischen Wirtschaft vollendet ist. Weltweitende Entschlüsse
werden in den nächsten Monaten von den europäischen
Mittelmächten und Westmächten zu fassen sein, aber auch
Lenin geht unwillkürlich einen für ihn gefährlichen Weg. Ein
Angriffen der terroristischen Methoden, eine Vereinfachung
der Rechtschaffenheit der modernsten Verfassung müssen
zu einer erheblichen Verringerung der Sowjetmacht führen
und es ob einer schwachen Regierung gelingen kann, die
durch die Wiederherstellung der Sowjetmacht wieder in rein
kommunistische Bahnen zurückzuführen, ob das russische
Volk nach dem Eindringen fremden Einflusses, nach schä-
dlichen Anzeichen der Wiedervereinigung auf Grund einer
anderen als der kommunistischen Wirtschaftsordnung noch ein-
mal die lediglich vorübergehenden und einseitigen Tendenzen
des Bolschewismus dulden wird, kann nur die Zukunft
lehren.

Die Welt Deutschland von der Entwicklung in Richtung
eine Verbesserung seiner Lage erwarten kann, hängt natürlich
von den Grenzen ab, die Lenin der ausländischen Weltlage
in Richtung stellen wird, und davon, ob nicht das Uebermaß
von Reparationsleistungen — als Ergebnis an der russi-
schen Aufbaubarkeit lassen bekanntlich zur Hälfte in die Hände
der Reparationskommission fließen — um den Betrag seiner
Arbeit betragen wird. In Deutschland sowohl mit Russland
wie besonders durch Arbeit in erster Linie die das Hilfs-
werk in Europa kommt, ist auf der Pariser Wirtschaftskon-
ferenz deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Was auch der
aktuelle Fragekomplex vorläufig noch vollkommen un-
geklärt ist, wenn es zu einer Vereinbarung mit Russland
kommen, muß Deutschland an erster Stelle stehen, und dazu
müssen alle Verhältnisse getroffen werden. Vor allen
Dingen wird hierzu auch nötig sein, da wir keine Ver-
änderung mehr mit Russland haben, endlich den Abschluß von
Verhandlungen mit den Westmächten zu sichern, die auch
einen unbeschweren Verkehr mit Russland ermöglichen.

Rumänisch-russische Reibungen.

Bukarest, 4. Jan. Entsprechend einer von der Sowjetregie-
rung herab abgesehenen Erklärung, daß sie in der Wei-
terung Rumäniens, das zur Neutralität für den Fall eines
Angriffes auf Sowjetrußland zu verpflichten, einen Beweis
 dafür erbringe, daß Rumänien mit der Abkehr eines
Krieges auf Sowjetrußland umache, stellt die rumä-
nische Regierung zur Aufklärung jedes Zweifels über die
von ihr eingenommene Haltung fest, daß Rumänien
keinerlei Abkehr habe, Sowjetrußland aber einen anderen
Staat anzuregen. Als Mitglied des Völkerbundes ist
Rumänien verpflichtet, während der in Warschau fort-
währenden Unterhandlungen mit Sowjetrußland sich jeder
Veranlassung zu einem Abtritte zu enthalten. Die Regierung
teilt mit, daß die rumänische Delegation dem Sowjet-
delegierten Kommissar antwortet habe, daß Rumänien nicht
in der Lage ist, gegen die Sowjetregierung eine Sonder-
verpflichtung zur Wahrung der Neutralität einzugehen, da
es ja in demselben mit allen Mitgliedern des Völker-
bundes eine allgemeine Verpflichtung unter-
zeichnet habe. Die von der Warsauer Regierung ver-
langte Sonderverpflichtung könne einem Bündnisvertrage
gleich. Die Behauptung, einen Bündnisvertrag zu unter-
zeichnen, bedeute nicht eine Abkehr. Das Kom-
muniqué weist schließlich darauf hin, daß die friedlichen
Rumänen in entgegengesetzter Weise zu der Welt be-
trachtet wurden, als die Polen dies betrachten und Branau
in der nördlichen Arm vorwärts machte. (W. Z. B.)

Keine russischen Piratenschiffe.

Berlin, 4. Jan. Die deutsche Presse verbreitet folgende An-
sicht über den Saarems-Krieg: In der Nacht zum
3. Dezember ließ der russische Dampfer „Bunda“ mit dem
deutschen Dampfer „Saarems“ zusammenstoßen. Der Dampfer
„Saarems“ fuhr ohne Licht, wofür der Kapitän des
Dampfers verantwortlich zu machen ist. Die Mannschaften
und die Passagiere konnten infolge des starken Sturmes und
der Dunkelheit nicht gerettet werden. Die in Verbindung mit
diesem durchgeführte Untersuchung dieser Angelegenheit
beinhaltet die Tatsachen. Nachforschungen über Irreführungen
Spirituose sind durchaus unmöglich. Sie werden vom
deutschen Konsul in Moskau infolge des Abbruchs der Handels-
beziehungen mit der russischen Sowjetregierung und der
damit zusammenhängenden Abhaltung russischer Schiffe
nach russischen Gesetzen in tendenziöser Weise verbreitet.

Chinesisch-russisches Militärbündnis gegen Japan.

Kopenhagen, 3. Jan. „Bestillte Tidende“ meldet: Der
Alpaer „Linné“ „Zemobnja“ zufolge hat die Sowjetregie-
rung einen außerordentlichen Gesandten nach Peking en-
dandt, um China ein Militärbündnis gegen
Japan vorzuschlagen. (W. Z. B.)

Ukrainisch-nationalrussischer Freundschaftsvertrag.

Konstantinopel, 4. Jan. Die in Ankara haltenden
Verhandlungen zwischen dem Führer der ukrainischen Ab-
ordnung und den ukrainischen Führern über den Abschluß
eines Freundschaftsvertrages zwischen den beiden Regierungen
haben zum Ziele geführt. Die Parteien ver-
pflichten sich, sich in wirtschaftlicher, handelspolitischer und
militärischer Hinsicht zu helfen. Die Nationalversammlung
wird diesen Vertrag beschließen und ohne Verzögerung ge-
nehmigen. (W. Z. B.)

Troß Dedenburg 37 Milliarden.

Wien, 4. Jan. Angesichts der ungeheuren wirt-
schaftlichen Verhältnisse Ungarns rufen die von den
Bundestag Wählern mitgeteilten Entschädigungsansprüche
von 37 Milliarden Österreichischer Kronen für die Abwertung
des Burgenlandes in der hiesigen Presse die Entrüstung
aus und Bestrebungen hervor. Die Wähler weisen darauf
hin, daß Ungarn hierbei die nicht erfolglos Liebergabe
Lebensburgs in Rechnung stellt und erklären, daß die Forde-
rungen auch sonst durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht
gerechtfertigt seien. Dazu komme, daß Österreich gemäß
dem Abkommen von Tenedis wegen der verheerenden Lebens-
gabe des Burgenlandes und der dort angerichteten Schäden
sehr erhebliche Gegenforderungen habe. (W. Z. B.)

Ein abenteuerlicher Plan der Kaiserin Sita?

Berlin, 4. Jan. Nach einer amtlichen Meldung der
Savoy-Agentur hat die Kaiserin Sita heute die Insel
Madaira verlassen, um sich nach der Schweiz zu begeben, wo
sie der Blinddarmerkrankung an einem ihrer Söhne be-
wohnen will. Im Zusammenhang mit dieser Reise erhielt
das „Abendblatt“ Mitteilungen, nach denen die
Operation nur der Vorbereitung eines neuen
kaiserlichen Unternehmens zu dienen scheine, in
dessen Mittelpunkt Kaiser Karls ältester Sohn, der Kron-
prinz Otto, stehen soll. Die Kaiserin beabsichtigt, sich mit
dem Kronprinzen Otto nach Budapest zu begeben. Sie wolle
dort mit dem Rinde in der Nationalversammlung erscheinen
und einen Brief des Kaisers Karl verlesen, in dem dieser
seine Abdankung ausdrücke und das ungarische Volk ermahne,
seinen Sohn, den rechtmäßigen Thronfolger, auf freiem
Wahlrecht auf den Thron zu erheben.

Kaiserin Sita läßt ihre Hoffnungen auf ein Gelingen
des neuen Unternehmens vor allem auf die immer mehr er-
haltende parlamentarische Stimmung in Ungarn. Mit diesem
Zusammenhang sei auch bemerkenswert, berichtet das Blatt
weiter, daß am 30. Dezember, dem Jahrestag der Krönung
Karls in Budapest, ein feierliches Gottesdienst
stattgefunden habe, an dem die gesamte Hofkapelle, die hohe
Geistlichkeit und neben ihnen auch zahlreiche Vertreter der
demokratischen Parteien teilgenommen haben.

Inwiefern diese Mitteilung mit sich vorbereitenden
Tatsachen zusammenhänge, läßt sich natürlich schwer sagen.
Das Blatt selbst gibt dem Zweifel Ausdruck, daß schon so
schon ein neuer Versuch von den Kaiserlichen unternommen
werden soll, den ungarischen Thron vor sich zu erretzen.

Freilassung kaiserlicher Führer.

Budapest, 4. Jan. Auf Grund der Entscheidung des An-
kloppens sind die im Zusammenhang mit dem Korf-
pöck verhafteten Abgeordneten Rakovits, Graf Szeged,
der ehemalige Minister Dr. Szas und Oberstaats-
anwalt gegen Skutnar auf freien Fuß gesetzt
worden. (W. Z. B.)

Eine Koalition zwischen Großdeutschen und Christlich-Sozialen.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Wien, 4. Jan. Die „Wiener Mittagspost“ meldet, daß
das Radikale Schöber in ein parlamentarisches Kabi-
nett umgewandelt werden würde, und zwar unter Ge-
leitung der Großdeutschen, so daß sämtliche Ressorts an
Christlich-Soziale und Großdeutsche anfallen werden. Die
Voraussetzung dafür wäre natürlich eine engere Arbeit-
gemeinschaft, um nicht zu sagen Koalition zwischen Groß-
deutschen und Christlich-Sozialen. Dies ist schon deshalb
notwendig, um die im Ausbruch liegenden Steuerprobleme
noch im Laufe des Monats Januar erledigen zu können und
die Bundesverfassung zu verabschieden. Vor allem aber soll
über den Vertrag von Tana verhandelt werden.

Wien, 4. Jan. In nächster Zeit dürfte eine Zusammen-
kunft des Bundeskanzlers Schöber mit dem ungarischen
Ministerpräsidenten stattfinden. Es dürfte sich dabei um
Erörterungen über Verkehr- und wirtschaftliche
Verhältnisse handeln. Auch herrscht in Budapest der Wunsch
vor, eine Klärung des politischen Verhältnisses zu Deutsch-
Österreich herbeizuführen.

Das Österreich-jugoslawische Abkommen.

Belgrad, 4. Jan. Die hiesigen Blätter bemerken die
Näherung von der Seite der Ministerpräsidenten Palitsch
nach Wien und Prag. Die politischen Kreise erklären den
Abschluß eines Abkommens zwischen Österreich und Jugo-
slawien für notwendig und wahrscheinlich.

Wiederaufnahme der bulgarisch-jugoslawischen Beziehungen.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Belgrad, 4. Jan. Die diplomatischen Beziehungen
zwischen Jugoslawien und Bulgarien werden baldig
wieder aufgenommen werden. Der bulgarische Ge-
sandte in Belgrad hat das Akzeptum erhalten, ebenso der
serbische in Sofia.

Tschechische Anzucht der irakossischen Militärmision.

Berlin, 4. Jan. Die „N. Z.“ berichtet, mehrten sich
in letzter Zeit außerhalb der tschechischen Presse
gerüchte über in Prag wirkende irakossische Militärmis-
sion, die die Aufgabe hat, die tschecho-slowakische
Armee zu organisieren. So hat „Edvold Rovny“ dagegen
protestiert, daß der Vertrag zwischen der tschechischen und
der Französischen Regierung, betreffend die Tätigkeit der Militärmis-
sion, bis zum Jahre 1929 verlängert wird, weil dadurch
dem Tschechien große Gefahren angedroht und die Armee unter
französischer Führung gestellt werden würde. Nach un-
verhüllter Kritik der „Tribuna“ das Berlin des tschecho-
slowakischen Militärs in der tschecho-slowakischen und belgischen
offen Antritte es habe keine überlegene Stellung aus
materiellen Entschädigungen der tschecho-slowakischen Angehörigen.
Alle und abendliche Waffen habe man für neues Geld an die
tschecho-slowakische verlor, während diese in der Lage ge-
wesen wäre, gute und brauchbare Waffen in billigen Preisen
aus deutschen Fabriken zu beziehen. Die geringen, von
Deutschland besprochenen Aufwendungen hätten sich bezahlt ge-
macht, während bei den französischen Lieferungen das Gegen-
teilst der Fall sei.

Eine Einladung Millierands an Masaryk.

Prag, 4. Jan. Wie die „Prager Tribuna“ erzählt, hat
Präsident Masaryk die offizielle Einladung Millierands
erhalten, Frankreich zu besuchen. Die Reise
Masaryks sei jedoch von verschiedenen politischen Umständen
und dem persönlichen Willen des Präsidenten abhängig.

Galender über den Zweck seiner Oberschlesien-Reise.

Berlin, 4. Jan. In dem auf etwa eine Woche be-
rechneten Aufenthalt des schlesischen Vertreters in Ober-
schlesien ist von dem deutschen und den polnischen Delegier-
ten ein Programm vereinbart worden, dem Bundesrat
Galender zustimmt. Dabei betonte dieser wiederholt, er
erhalte den Zweck seiner Reise darin, sich und seinen Ge-
leitern ohne Vorwissen der Öffentlichkeit ein möglichst ein-
seitiges und objektives Bild von den wirtschaftlichen,
nationalen und kulturellen Verhältnissen des Abtritte-
gebietes zu verschaffen.

Der Fall Morvillus.

Vor einiger Zeit wurde der stellvertretende Direktor der
Reichsrentenhandelsbank Frau Morvillus verhaftet und
dem Untersuchungsgefängnis zugeführt, weil man ihn der
bringende Verdacht habe, daß er in seinem Privatleben
sich der Schließung schwerer durch seine Frau begangener
Verbrechen schuldig gemacht und möglicherweise auch Un-
regelmäßigkeiten in seiner dienstlichen Tätigkeit begangen
habe. Ueber diesen Fall interessierte der Reichsminister
in hohem Maße beanspruchenden Fall gibt das Reichs-
ministerium durch das amtliche Bureau u. a. folgende
Einzelheiten bekannt, vor allen Dingen, um irgendwelche
gegen den bisherigen Vorgelassen des Morvillus sich rich-
tende Verdächtigungen zu entkräften:
Einige Reichsblätter benutzten die Verhaftung des Ab-
tritte- direktors der Reichsrentenhandelsbank Frau Mor-
villus, um allerlei Verdächtigungen gegen einen sehr
hohen Reichsbeamten und das Reichsministerium zu
erheben. Behauptet wird, Morvillus sei Anfang 1917 im
Reichsministerium beschäftigt gewesen. Während dieser
Zeit habe er seine letzte Frau an einem 28. März
1917 nicht verließ, trotzdem sei Morvillus weiterhin im
Reichsministerium verblieben und auf Empfehlung
dieses Reichsministeriums später in das Reichsrentenamt
übernommen worden.

Wie es ist, daß Morvillus am 1. Dezember 1916 in das
damals ins Leben gerufene Reichsrentenamt eintrat.
Das Reichsministerium ist erst bei der Bildung der
ersten konstitutionellen Regierung im Februar 1919 ge-
schaffen worden. Es ist also unannehmlich, wenn behauptet wird,
daß Morvillus seit Anfang 1917 im Reichsministerium
tätig gewesen sei. Als das Reichsrentenamt gebildet
wurde, um die gewaltigen Vorräte an Anleihen zu erfassen
und zu verwerten, bewarb Morvillus sich um eine Stellung
in diesem Amt und wurde von dem damaligen Leiter ein-
gestellt, weil er viele überaus wichtige Kenntnisse und
Erfahrungen aufweisen konnte. Am 1. April 1920 über-
nahm die Reichsrentenhandelsbank die Aufgaben des Reichs-
rentenamtes, wobei der größte Teil des im Reichs-
rentenamt beschäftigten Personals über-
nommen wurde.

Da über die Tätigkeit des Morvillus im Reichsren-
tenamt in der Zeit vom 1. Dezember 1916 bis zum
31. März 1920 nur Günstiges bekannt war, und da er mit
allen Zweigen des komplizierten Rechnungswesens vertraut
war und als durchaus zuverlässig angesehen wurde, über-
nahm ihn die Reichsrentenhandelsbank als Leiter des Re-
chnungs- und Buchhaltungswesens. Morvillus hat nach dem
Verzicht des Vorstandes der Reichsrentenhandelsbank
in seiner ganzen Tätigkeit kein Beweis hoher Intelligenz
und großer Arbeitsfreudigkeit geliefert; an seiner Gewissen-
haftigkeit ist niemals ein Zweifel entstanden. Aus Anlaß
der in den letzten Tagen durch die Presse angelegenen, das
Privatleben des Morvillus betreffenden Mitteilungen, hat
sich der Vorstand der Reichsrentenhandelsbank veranlaßt ge-
sehen, ihn sofort vom Dienst zu suspendieren und eine er-
neute gründliche Kontrolle seiner Geschäftsführung zu ver-
anlassen; bisher hat die Revision nichts Befriedigendes ergeben.
Angesichts dieses Tatbestandes sind die Verdächtigungen
gegen den „vergangenen Ministerialdirektor“ als mehr als
leichtfertig anzusehen. Der Ministerialdirektor, auf den
sich diese Anschuldigungen beziehen können, ist später als
Morvillus, nämlich erst im Februar 1919, in das Reichs-
rentenamt eingetreten und hat Morvillus zu diesem
Zeitpunkt erst kennen gelernt.

Ueber die weiteren Ermittlungen in der Affäre Mor-
villus schreibt die „Post“: Durch Reueingekunden und
betreffende Briefe sind die Verdächtigungen, die gegen den
Direktor der Reichsrentenhandelsbank, Morvillus, wegen
Anknüpfung mit seiner eigenen Frau erhoben worden sind,
anscheinend erwichen. Morvillus selbst wie auch die übrigen
Beteiligten befinden sich zurzeit im Untersuchungsgefängnis
des Landgerichts I Berlin. Bei einer öffentlichen Durch-
suchung in der Wohnung des Ehepaares haben sich in
einer kleinen Kammer eine ganze zusammengehörige
Automobilwerkstatt, die allerhand Handwerkszeug, Schränke
und Meißel und einen Zylinderkasten für ein Auto ent-
halten. Als dies kommt wieder in Betracht, der früher
Schonkner war. Ferner wurden in der obersten Wohnung
27.000 Mk. und in der obersten Wohnung 41.000 Mk.
bares Geld gefunden und beschlagnahmt.

Nachmal die republikanischen Schullehrer.

Berlin, 4. Jan. Der „Vorwärts“ schreibt an der bereits
teilweise veröffentlichten Stellung des Reichsrentenamt zur
Anpassung des Strafrechtswesens an das
Verfassungsrecht, daß dieser Entwurf aus dem
Reichsjustizministerium komme und nicht wie es vielfach in
der Presse erfolgt sei, verfaßt werden dürfte mit dem im
Reichsministerium des Innern bearbeiteten Geset-
zentwurf zum Schutze der Republik, dessen Ver-
öffentlichung jedenfalls in einer Zeit zu erwarten steht.
Böhmia schiel sei die in der Kritik der Reichsrente vielfach
aufgegriffene Behauptung, als ob es sich bei dem letzten ver-
öffentlichten Gesetzentwurf des Reichsjustizministeriums um
eine Renouveau des Majestätsbeleidigungs-
paragrafen handle. Gerade die sozialdemokratische
Fraktion des Reichstages sei es gewesen, die darauf ge-
drungen habe, daß in der Republik keine Parallele zur
Majestätsbeleidigung geschaffen werde. Tatsächlich fordern
der neue Gesetzentwurf auch nicht Verleumdungen, sondern
Anforderungen und Anweisungen an Gewalttätigkeiten
gegen das Staatsoberhaupt oder Mitglieder von Regie-
rungen. In der gleichen Richtung demersit die „Zeit“: Ver-
schiedene Blätter haben in diesen Bestimmungen den In-
halt des geplanten republikanischen Schutzes gesehen
wollen. Das ist unzutreffend. Wie schon gesagt, handelt
es sich lediglich um eine Renouveau. Bisher bestanden straf-
rechtliche Bestimmungen, die sich mit den neuen verfassungs-
rechtlichen Verhältnissen nicht mehr deckten. Wegen einer
solchen Anpassung ist grundsätzlich nichts ein-
zuwenden. Die gegenwärtige Staatsform, ihr Träger,
Ornate und Farben werden ebenso unter besonderen
Schutz gestellt, wie die gleichen Einrichtungen der früheren
Verfassung. Von den Verfassungen des Ausnahmestandes
unterschiede sich dieser strafrechtliche Schutz sehr wesentlich
dadurch, daß der Richter das entscheidende Wort habe. (W. Z. B.)

Begnadiung einer Kommunion.

Saaz, 4. Jan. Die ehemalige Saazer Stadtverordnete
Frau Hedwig Ruzar, die im April 1921 vom Sonder-
gericht in Raumburg wegen Beteiligung am März-Aufstand
zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ist in der
Zielerkennung als bedingt begnadigt aus dem Zuchthaus ent-
lassen worden.

„Wegen Mangels an Beweisen“ freigelassen.

Berlin, 4. Jan. In Kassel sind jetzt sämtliche unter dem
Verdacht der Beteiligung an Sprengstoffverbrechen vom
März 1921 verhafteten Kommunisten wegen Mangels
an Beweisen freigelassen worden.

v. Tiedemann, der Gründer des Deutschen Ostmarkenvereins †.

Berlin, 4. Jan. Der Major a. D. und Ritteraus-
beholder Heinrich v. Tiedemann-Szechheim ist im
79. Lebensjahre in Berlin nach länger, schwerer Krankheit
am 2. Januar verstorben. Mit ihm ist einer der stichtig-
sten Landwirte und einer der erfolgreichsten Förderer unserer
einigen Ostmark dahingegangen. Er hat auch in Gemein-
schaft mit dem Landbesitzerkomitee Rennemann und Dr.
v. Gansmann im Jahre 1894 den Deutschen Ostmarken-
verein gegründet.

Gräfin v. Zeppelin †.

Stuttgart, 4. Jan. Die Witwe des Grafen Ferdinand
v. Zeppelin, Hedwig Gräfin v. Zeppelin, ist im
Alter von 75 Jahren in Stuttgart gestorben.

Die politischen Wünsche der Bayerischen Volkspartei.

München, 4. Jan. Die Bayerische Volkspartei hat für das Jahr 1922 eine Reihe politischer Wünsche aufgestellt, die die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz veröffentlicht. Der Bundestag ist auf den Grundriss der Verfassungsreform in Bayern wie im Reich gestimmt. In Bayern wird vor allem eine Beschränkung der Machtbefugnisse des Landtages, ein Staatspräsident, die Schaffung einer Zweiten Kammer und der Ausbau der Verwaltungsvorrichtungen über das Volksgesetz gefordert. Für die Milderung der Reichsverschuldung wird eine Milderung im föderalistischen Sinne verlangt und das Reich vor weiteren unnterstützten Maßnahmen gewarnt. In dem Gesetz zum Schutz der Republik wird erklärt, daß es für Bayern nur annehmbar sei, wenn die Bewegungsfreiheit der Länder in weitestgehendem Maße respektiert werde. Im Verkehrswesen wird eine eigene Wasserbauverwaltung für Bayern gewünscht, in der Eisenbahnverwaltung alles zentralistische Gepräge verurteilt.

Empfang einer Quäkerabordnung beim Reichspräsidenten.

Berlin, 4. Jan. Anlässlich des zweijährigen Gedenktages der Ankunft der amerikanischen Kinderhilfsmission in Deutschland empfing der Reichspräsident gestern eine Abordnung der amerikanischen und englischen Quäker zu einer Tasse Tee. Der Reichspräsident gedachte in seiner Ansprache der Verdienste der Quäker und der hinter ihnen stehenden amerikanischen Spender um Leben und Gesundheit von Millionen deutscher unterernährter Kinder und hoffender und trauernder Mütter und brachte den Dank der Reichsregierung und des deutschen Volkes für das großzügige Liebeswerk zum Ausdruck.

Zurückweisung der böswilligen Ausstreunungen über Kaiser Wilhelm.

Berlin, 4. Jan. Der Generalbevollmächtigte Kaiser Wilhelm II. erklärt eine Erklärung, wonach die in letzter Zeit aus der Auslandspresse von deutschen Matrone übernommenen Gerüchte über eine beabsichtigte Wiederernennung Wilhelm II. vollständig aus der Luft gegriffen sind. Diesen unheimlichen Gerüchten, die es in der Erklärung, kann nur eine böswillige Absicht zugrunde liegen, da jedermann weiß, daß seit dem Oetungange der Kaiserin erst acht Monate verstrichen sind.

Rolle Gewerkschaftler gegen die Kruppische Arbeiteraktion.

Die Verwaltungsstelle Essen des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm Stellung zu dem Vorhaben der Firma Krupp, Aktien an Werk angehörige auszugeben. Ein Referent vom Bund der technischen Industriellen meinte, es werde zu keiner gesunden Entwicklung der Wirtschaft führen, wenn ein Teil der Werkangehörigen sich nun ebenfalls als Mitglieder fühle. Die Wirkung der Gewinnbeteiligung der Werkangehörigen würde sein, daß die Arbeiter sich ihrer eigenen Antreiber würde. Der Betriebsrat, der Arbeiter und Arbeiterrot der Firma Krupp in Essen nahm an der Frage folgende Entscheidung an:

„Was abgesehen davon, daß der Einfluß der Aktienbesitzer auf Arbeitnehmerkreisen auf den Gang des Unternehmens gleich Null ist, sehen wir in der Verwirklichung eine schwere Schädigung der gesamten Arbeitnehmerinteressen. Es kann keineswegs zu einer gesunden Entwicklung in der Wirtschaft führen, wenn aus den Reihen der Arbeitnehmer eine Anzahl Leute nun ebenfalls als Teilhaber an Unternehmen angehen werden. Dadurch werden Interessenkonflikte geschaffen, die zu schweren Schädigungen der Gesamtheit der Arbeitnehmer führen müssen, und das Solidaritätsgefühl, das wir für die arbeitenden Massen für unumgänglich notwendig halten, würde einen harten Stoß erleiden und somit den Platz, den die Hand- und Kopfarbeiter auf Grund ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben innehaben müßten, noch mehr gefährden. Wir müssen daher gemäß unserem Pflichtgefühl und in Erwägung der schweren Schädigungen, die durch die Beteiligung an diesem Unternehmen für die Arbeitererschaft entsteht, den von uns vertretenen Schichten der Arbeitnehmer von einer Beteiligung entschieden abraten.“

Die Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Essen des Deutschen Metallarbeiterverbandes hielt diese Entscheidung an und machte sie zu der ihrigen. Die Radikalen des Metallarbeiterverbandes fürchten offenbar, daß die Arbeiteraktion den Wirtschaftsfrieden fördern werde.

Der Bombenattentäter von Dinkelsbühl.

München, 4. Dez. In Dinkelsbühl wurde als Bombenwerfer ein Arbeiter August Klingler überführt. Die Bombe war nicht mit einem elektrischen Zeitungsdrat, sondern mit einer Zündschnur entzündet worden. Verhaftet sind insgesamt 22 Personen, darunter 12 schwer. Diese befinden sich jedoch größtenteils auf dem Wege der Besserung. Nur ein Verleierter schwacht in Lebensgefahr.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Madame Butterfly“ (188); Schauspielhaus: „Richard II.“ (7); Musiktheater Schauspielhaus: „Der Weg in die Christnacht“ (3); „Der Sultan“ (188); Residenz-Theater: „Die Eisprinzessin“ (184); „Scham“ (188); „Volte“ (188); Zentral-Theater: „Michel, der Aufsteiger“ (184); „Die Braut des Lucullus“ (188 Uhr).

† Mitteilung der Staatstheater. Schauspielhaus: Wegen Erkrankung von Frau Maximiliane Reichborn muß die für heute, Donnerstag, angekündigte Vorstellung von „Romeo und Julia“ abgesetzt werden. Es wird statt dessen Shakespeares „Richard II.“ gegeben. Anfang 7 Uhr.

† Das nächste Kollisionskonzert am Freitag leitet Professor Hermann Kraack. Zur Aufführung gelangt die „Dauhauser“ Operette und die erste Sinfonie von Mahler. Als Solist trat Ernst Liebmann eine Arie aus „Cunegunde“ von Liszt auf, sowie Orchesterlieder von Kraack, darunter eine Klavierphantasie.

† Ein Hochhauswettbewerb. Für ein Hochhaus in Düsseldorf hat der Stamm-Kongress einen Wettbewerb unter mehreren der hervorragenden deutschen Architekten ausgeschrieben. Das Preisgericht erkannte den ersten Preis Professor Paul Bonah in Stuttgart zu, den zweiten Professor Wilhelm Kreis in Düsseldorf, den dritten Professor Peter Behrens in Berlin.

† Ein Verbandsinstitut für Hochgebirgsphysiologie. Die Gründung eines Verbandsinstituts für Hochgebirgsphysiologie, an dem man sich besonders mit den Dornschichten Forschungen beschäftigen wird, ist der Deutschen Hochgebirgsforschungsvereins zufolge in Davos in Aussicht genommen.

† Für das Volkshaus in Wehr. Im Sommer 1922 werden 150 Jahre verfließen sein, seitdem Goethe in der Kammergerichtsstadt Wehr weilte. Die Stadt Wehr plant, die Erinnerung festlich zu begehen. Sie will zu diesem Zwecke das Volkshaus und den Deutschordenshof, die durch ihre Beziehungen zu Goethe denkwürdig sind, wieder in guten Zustand versetzen, die Sammlungen des Volkshauses vervollständigen und eine umfassende Werther-Ausstellung veranstalten. Um die Mittel dazu auszubringen, welche die Stadt allein nicht tragen kann, richtet ein Wehrer Kreis einen Aufruf an alle Mitglieder der großen

Verliches und Sächsisches.

Bevorstehende Umänderung des Straßenbahnnetzes.

Zweckmäßigere Linienführung bei Verringerung der Betriebskosten.

Schon vor dem Kriege hatte die Direktion der Städtischen Straßenbahn, wie erinnerlich, in der sogenannten großen Linienvorlage umfangreiche Erweiterungen und Veränderungen des bestehenden Straßenbahnnetzes ausgearbeitet, auf deren Durchführung im geplanten Ausmaß aber heute angesichts des dafür erforderlichen Gesamtaufwandes (1921 etwa 60 Millionen Mark gegenüber den 28 Millionen Mark von 1914) verzichtet werden muß. Dafür hat jetzt die Straßenbahn in einer kleinen Linienvorlage eine Reihe von Linienänderungen und Verkehrsverbindungen vorgeschlagen, die keine oder nur verhältnismäßig geringe Baukosten erfordern, andererseits aber recht beachtliche Verkehrsverbesserungen mit sich bringen. Besonders zu betonen ist, daß sich diese Umänderung des Straßenbahnnetzes ohne Steigerung der Betriebsleistungen durchführen läßt; man errechnet sogar eine Verringerung um 165 000 Wagenkilometer im Jahr. Das bedeutet eine Ersparnis von rund 700 000 Mark. Die neuen Verkehrsverbindungen kommen zudem vielfach aus der Bürgerlichkeit gewünschten entgegen, so daß der Post hoffen kann, daß sie den Anreiz zur Benutzung der Straßenbahn erneut beleben und eine Zunahme der Fahrgäste sowie eine Erhöhung der Einnahmen mit sich bringen werden.

Die wichtigsten vorgeschlagenen Veränderungen in der kleinen Linienvorlage sind folgende:

Verlängerung der Linie 8: Vom Barbarossaplatz bis zum jetzigen Endpunkt der Linie 22 in der Altenbeyerstraße.

Verbindung der Linie 4: Von der seit 29. Juli 1920 aufgelassenen Ringlinie 4 soll die verkehrreichere Westhälfte wieder aufgenommen und mit der Linie 10 zu einer durchgehenden Linie: Schnorrstraße — Volkspfad — Friedrich-Anhalt-Brücke — Vorstadt Mitten — Vorstadt Hebborn verbunden werden.

Umleitung der Linie 6: In zwei Linien: a) Wilder Mann — Vorstadt Mitten (wie bisher), b) Wilder Mann — Hauptbahnhof (Hörsingplatz). Die Linie a) geht als bisher der hohen Brücke. Der eine Ast führt, wie bisher, nach Mitten, der andere Ast durch die Bismarckstraße nach dem Hauptbahnhof.

Verlängerung der drei Linien 9, 11 und 16 zu zwei Linien: 9: Grenadierkaferne — Leubnitz-Neuhof — Vorstadt Mitten und 11: Weichig — Pflanz — Albertplatz — Schloßplatz — Georgplatz — Hauptbahnhof — Vorstadt Pflanz (Vernhardstraße).

Auflösung der Linie 20 in drei neue Linien, und zwar: Linie 17: Gollendauer Straße — Amalienplatz — Neuhof — Vorstadt Mitten — über Carolabrunnen, Linie 20: Pergamenerstraße — Fürstentplatz — Hauptbahnhof — Reichsplatz — Rübnerstraße — Linie 21: Kronprinzenstraße — Volkspfad — Amalienstraße — Zadenplatz — Fürstentstraße (Pflanzhauerstraße).

Die neue Linie 23 soll später nach Neubau der Rosener Brücke bis nach Völsau durchgeführt werden, um diesem stark bevölkerten Stadtteil die langst gewünschte unmittelbare Verbindung nach dem Hauptbahnhof zu sichern.

Verlängerung der Linie 18 vom Theaterplatz bis zum Volkspfad. Standaleis am Zwinger. Die Vorschläge sollen alsbald nach erfolgter Genehmigung durch die städtischen Körperschaften durchgeführt werden.

Wie man aus den obigen Einzelheiten ersehen kann, stellt die neue Linienführung in der Tat eine erhebliche Verkehrsverbesserung dar. Vor allem bekommt die veraltete Verbindung der Westvorstädte Völsau und Mitten direkte Verbindung mit dem Industriezentrum an der Schandauer Straße. Die Linie 16 hat durch die veringerte Belastung der Rosener sehr an Bedeutung verloren und kann deshalb mit der Linie 9 ohne weiteres verbunden werden. Den größten Vorteil hat zweifellos der Weichig, von dem man längst zum einfachen Fahrpreis ohne Umwegen bis nach Pflanz fahren kann.

Weitere Einschränkungen im Zugverkehr Berlin — Dresden — München.

Die Tagesauslastung nach und von München: D 22: ab Ost nachm. 8,50, in München abends 10,15, und D 20: ab München vorm. 7,40, in Ost nachm. 2,22, fallen von jetzt ab bis auf weiteres aus. Auf der Strecke Berlin — Ost (ab Berlin vorm. 8,50, ab Potsdam abf. 11,45, in Ost nachm. 8,20, und zurück ab Ost nachm. 2,25, in Potsdam abf. 5,55, in Berlin abends 8,50) verkehren keine Züge aber auch weiterhin. Die Anschlußzüge Dresden — Dresden — Ost: D 110: ab Dresden früh 5,44, ab Dresden abf. 10,47, in Reichenbach ab. 24, nachm. 2,01, und umgekehrt, D 125: ab Reichenbach ab. 24, nachm. 4,25, in Dresden abf. 7,25, in

Dresden nachs 12,26 bleiben ebenfalls auf der Strecke Dresden — Reichenbach bei gehalten und werden nur zwischen Reichenbach und Ost aufgegeben. In Reichenbach wartet D 22 den Anbruch vom D 110 ab, so daß auch bei diesem die Verbindung bis Pflanz — Ost genahrt ist.

Mitteilungen aus der Gesamtsitzung vom 3. Januar.

In der Entschließung der Stadverordneten über die Streichung der in den Haushaltsplan 1921 eingestellten Mittel für kirchliche und religiöse Zwecke wird beschlossen, die Stadverordneten um nochmalige Prüfung der Rechtsfrage zu ersuchen.

Die dem Ausschuss für Ferienwanderungen des Deutschen Vereins für Volkshilfe auf das Jahr 1921 gewährte Beihilfe von 6000 Mk. wird auf 8000 Mk. erhöht. Von der Ueberweisung einer Zehnde veranlaßt der Kinder in Höhe von 100 000 Mk. für notleidende Kinder in Sachsen und von deren Verteilung wird mit dem Ausdruck des Dankes Kenntnis genommen.

Zur Deckung der beim Erweiterungsbau der 67. Volksschule im Stadtteil Dobritz eingetretenen Ueberforderung der Baufinanz werden 600 000 Mk. an Kosten des Schulbaufonds unter Vorbehalt der Zustimmung des Schulratschusses nachbewilligt.

Bezirksausch Dresden-Neustadt.

Der Bezirksausch Dresden-Neustadt in seiner Sitzung gestern, Mittwoch, unter Vorsitz des Regierungsrates Dr. v. Naase nur Vorlagen geringeren Interesses. U. a. hand die Einstellung der Kriegswohlfahrtspflege zur Beratung, nachdem deren Abbau schon im Jahre 1920 begonnen hat. Regierungsrat Dr. v. Naase stellte fest, daß zuletzt nur noch ein wenige Sozialrentner kleine Leistungen erzielte sind. Gemäß dem Vorschlag von Kampfordorf beschloß man, die Kriegswohlfahrtspflege am Ende des Geschäftsjahres aufzuheben zu lassen. — Ein Wahlanspruch lag seitens der bürgerlichen Parteien in Ballroda vor. Hier hatten die Gemeindevorwahlen der Bürgerlichen und den Sozialisten die gleiche Wahl eingebracht. Der Gemeindevorstand hat keine besondere Note der Wahlberechtigten angesetzt, sondern nur eine bereits vorhandene vom Jahre 1919 mit allerhand Berichtigungen, aber auch Ungenauigkeiten und Widersprüchen durch die veraltete die waren Wahlberechtigten von der Wahl ausgeschlossen geblieben. Unter normalen Verhältnissen wäre wohl ein anderes Ergebnis zu erwarten gewesen. In Würdigung dieser Verhältnisse kam der Bezirksausch zur Annulierung der Wahl. — Die Grundsteuer für Reichenbach und die Zusatzsteuer für Logistik wurden genehmigt.

— Volkshilfeverkehr. Neben der Erhöhung der Freifahrt für Jahrlöhner und der Rückzahlungsbefreiung für Parashilfsdienste mußten auch die Preise für Vorbrude zum Teil erhöht werden. Es löten vom 1. Januar ab ein Zweifelh mit 50 Blättern, ein Ueberreichungsbuch mit 50 Blättern, 100 Vorbrude zu Erhöherreichungen 5, 100 Vorbrude zu Zahlungsmitteln 10 Mk. Die Anträge, die bei den Volkshilfsämtern bis Ende Dezember eingegangen sind, aber erst im Januar erledigt werden können, werden noch zu den alten Preisen bzw. kostenfrei ausgeführt.

— Volkshilfsbelieferung. Für den Januar werden den Volkshilfsämtern für 11 Rostlage, und zwar für vier Tage weiße Bohnen, vier Tage Erbsen und drei Tage Weich, sowie außerdem ein Vollen Nüssenfruchtconserven als Nahrungsmittel zugewiesen.

— Die Mauls und Alanenische wurde am 31. Dezember im Reichsamt Sachsen in 84 Gemeinden und 95 Wohnstätten amtlich festgestellt gegen 47 Gemeinden und 74 Wohnstätten am 31. November 1921.

— Bürgermeister Dr. Roth erklärt im Bürgerämter „Anzeiger“, er habe gegen das in der Bahangelegenheit erlassene Urteil Berufung eingelegt und erwarre, da er seinen Gewissens nach wie vor seine Schuldlosigkeit vertritt und beweisen könne, einen anderen Urteilspruch. Er bitte die Einwohnerlichkeit daher, mit ihrem Urteile über diese Sache bis dahin zurückhalten.

— Dank für „Zilles-Rot“-Gaben. Von vielen Seiten ist noch Bekanntheit in den Zeitungen dem Christlichen Verein Junger Männer eine Anleihe von Gaben zur Weihnachtsgabe derer, die in holler Not leben, zugegangen. So konnten denn am Weihnachtsabend acht Gruppen der Jugendabteilung mit zusammen etwa 50 Jungmännern in die Wohnungen verlassener, bitter armer und oft kranker Menschen und Familien gehen und mit viel und Wert die reichhaltigen Weihnachtsgaben ausstellen. Es waren viele hundert Pfund Lebensmittel, wie Mehl, Hülsenfrüchte, Fett, Mandeln, Nüsse, Stollen, Brot und in ständiger Stoffe, Kleidungsstücke, sowie Spielzeug und eine größere Geldsumme eingegangen und zur Verteilung gekommen, so daß 50 Familien eine unerwartete Weihnachtsstunde erleben konnten. Die Not, die dabei zutage kam, war vielfach geradezu furchtbar. Es wurden Menschen vorgefunden, die, in finsternen, kalten Dach- und Kellerzimmern hausend, ohne Ernährung, ohne Licht und ohne Gesundheit waren.

deutschen Woche-Gemeinde, durch Beiträge das Aufkommen der genannten Veranstaltungen zu unterstützen.

† Plakette für akademische Verbandsbünde. Das Deutsche Hochschulamt für Verbandsbünde hat sich mit der Frage einer Werkplakette beschäftigt. Trotz der vielen derzeitigen akademischen Plaketten hat das Hochschulamt beschlossen, eine solche herauszugeben zu erwägen, da sie besonders wertvoll wäre. Sie soll in der Hauptsache allen demjenigen Studenten, die die geforderten Leistungsprüfungen abgelegt haben, gegeben werden und zur Erinnerung dienen. Geh. Prof. Dr. Schmidt-Burgk, München, und Prof. Wagner, Jena, werden die Vorarbeiten übertragen.

† Atlas Africanus. Unter diesem Titel gibt das vor einiger Zeit gegründete Forschungsinstitut für Kulturmorphologie in München als erste größere gemeinsame Arbeit ein umfangreiches Kartenwerk heraus, das die gesamte Kulturentwicklung dieses Erdteiles sinnbildlich zu veranschaulichen bestimmt ist. Herausgeber sind der bekannte Afrikaforscher Leo Frobenius und Ritter v. Willm.

† Reichslehre Bücher. Seit kurzem geht die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bochum sehr wohl gegen Buchverurteilungen vor und hat bei der dortigen Strafammer in objektiven Verfahren die Unbrauchbarmachung verschiedener Bücher wegen unzulässigen Inhalts erließ. Es handelt sich durchweg um Traktate, die bisher in Deutschland unbeanstandet erschienen waren, und deren Verlagsort sich nicht in Bochum befindet. Dieser Tage fanden drei Bücher im sogenannten objektiven Verfahren zur Auflage, und zwar: Arthur Japow „Hochschulrecht“, von welchem Werk eine Neuauflage im Verlag von Kurt Ehrlich, Berlin, erschienen war, Johann Georg Wehlers „Philipp der Einzige“, eine Satire auf die sogen. bessere Gesellschaft, im Stile eines Oberleutnants erzählt, der seine Beobachtungen macht, endlich Robert Juchas-Vidias „Schwamie Seelen“, ein Roman, der die Gefahren der Bühnenlaufbahn für junge Mädchen schildert. Es lagen Gutachten des literarhistorischen Universitätsprofessors Dr. Georg Witkowski, Leipzig, und des Schriftstellers Julius Hart vor, die sich lobend über die Bücher aussprachen und eine Unzulässigkeit energig bekämpften. Sie führten u. a. aus, daß bei Sittenbildungen natürlich auch das erottliche Moment berührt werden müsse, doch sei dies nur vorsichtig und ohne Absicht, lütern zu wirken, geschehen. Die Reichslehre sei ihnen daher unverständlich. Professor Witkowski betonte, daß er die Verurteilung des Japowschen Buches für die ungerühmteste halte, die ihm je vorgekommen. In einer früheren Verhandlung, die verjagt wurde, beschloß das Gericht, als Sach-

verständigen Professor Adolf Bartels, Weimar, zu vernehmen; in der neuen Verhandlung kam dieses Gutachten jedoch nicht zur Verlesung. An seiner Stelle wurde der Oberstaatsanwalt eines Juristenschaters als Gutachter vernommen, dessen Ausführungen das Gericht als unzulässig. Es wurde auf Unbrauchbarmachung von drei Exemplaren von Japows „Hochschulrecht“ und auf gänzliche Unbrauchbarmachung von Wehlers „Philipp der Einzige“ erkannt. Dagegen hob das Gericht die Verurteilung des dritten Buches auf. Wegen des Urteils in Revision eingelegt.

† Um die österreichischen Kunstschätze. Der neuerdings aufgetauchte Gedanke der Verpfändung der letzten noch vorhandenen Gobelinsammlung in Österreich gegen Kreditgewährung ruft die Penntung weiterer Kreise hervor. Die ständige Delegation der Künstlervereinigungen in Wien wendet sich gegen diesen Plan und kündigt einen Aufruf an das Volk an, gegen einen derartigen Plan Widerstand zu leisten.

† Die Dreihundertjahrfeier Wolffes. Am 15. Januar begeht Frankreich die Feier des 300-jährigen Geburtstages seines größten Komödiendichters Molière. Es sind große Festlichkeiten in Aussicht genommen, für die die Kammer einen größeren Kredit bewilligt hat. Ramentius de Parfior haben werden im Januar im Reichen Hofes fehen. Die Comédie Française, die eine besonders enge literarische Tradition mit Molière verbindet, wird ihren Jahresfestplan ganz auf Molière einstellen. Am 15. Januar veranstaltet die französische Regierung in diesem Theater zu Ehren der an der Feier teilnehmenden ausländischen Vertreter eine Galaveranstaltung des „Bürger als Edelmann“. Am Tage darauf finden Freivorstellungen für die Studenten und Schüler statt.

† Der Film im technischen Unterricht in Frankreich. Wie aus Paris berichtet wird, hat eine dortige Unterrichtsamt, „Cours d'Enseignement Industriel“, technische Unterrichtsfilme abzuhalten begonnen, die sich des Films als Unterrichtsmittel in ausgedehntem Maße bedienen. Nebeneinander laufen jetzt drei derartige Kurse über Elektrizitätslehre, über Mechanik und über Kinematik.

† Ein neues Mineral. Nach einer Erklärung des Professors Schoet in einer Sitzung der Pariser Akademie der Wissenschaften ist am belgischen Ort bei Baloo ein neues Mineral gefunden worden, das dieselben bisausstrahlenden Eigenschaften hat wie das Radium. Dieses „Molite“ genannte Mineral hat das Aussehen eines gelblichen Kristalls, das sich aber verändert, wenn diese abgedeckt wird und das Mineral an Sulfidum verliert.

Dr. 8
Gedruckter Nachrichten
Donnerstag, 3. Januar 1922
Seite 3

Börsen- und Handelsteil.

Zu der Gründung der Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft

Das für Deutschland so überaus wichtige Unternehmen verankert seine Entstehung...

Comptrepublik in Berlin ein Einkommen getroffen, monach ke in der Lage sind...

Aktien-Vorzugsrechte zum Vorkauf in Dresden. Bei einem Betriebsergebnis von 340.000 M...

Die Aktiengesellschaft Guban Genshow & Co., Berlin, er- hebt ihr Aktienkapital um 2 1/2 auf 10 Millionen Mark...

Waldwerke in Kiel. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, auf das erhaltene Kapital von 71 Millionen Mark eine Dividende von 24 % (d. h. 17.040.000 M) zu verteilen...

Aktien-Vorzugsrechte zum Vorkauf in Dresden. Bei einem Betriebsergebnis von 340.000 M...

Die oberste Reichsbehörde in der vierten Legislaturperiode. In der Zeit vom 19. bis 25. Dezember hat sich der Stand der obersten Reichsbehörde nicht geändert...

Bei Wäpeltwig-Cafen verleben. Die Wäpeltwig-Cafen hat 66 in geringem Maße verbessert...

Ein neues Baumwollmaterial, hergestellt aus deutschem Zellulose. In von einer eigebirgischen Zückerfabrik...

Die Konfurrenzen in Deutschland im Jahre 1921. Im vergangenen Jahre waren im ganzen 2675 gegen im Vorjahre 1824 Konfurrenzen zu verzeichnen...

Waldwerke in Kiel. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, auf das erhaltene Kapital von 71 Millionen Mark eine Dividende von 24 %...

Waldwerke in Kiel. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, auf das erhaltene Kapital von 71 Millionen Mark eine Dividende von 24 %...

Waldwerke in Kiel. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, auf das erhaltene Kapital von 71 Millionen Mark eine Dividende von 24 %...

Industrieller Kapitalbedarf im Jahre 1921.

Im Dezember 1921 hat die Kapitalvermehrung der Aktiengesellschaften wohl im Zusammenhang mit der Besserung des Marktcharakteres...

Table with 7 columns: Mon., Okt., Nov., Dez., Gesamt, etc. showing financial data for various months.

Somit sind während des Jahres 1921 insgesamt 2175,24 Millionen Mark Aktien und Obligationen geschaffen worden...

Waldwerke in Kiel. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, auf das erhaltene Kapital von 71 Millionen Mark eine Dividende von 24 %...

Waldwerke in Kiel. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, auf das erhaltene Kapital von 71 Millionen Mark eine Dividende von 24 %...

Wechselkurs im Freiverkehr am 4. Januar bis nachmittags 6 Uhr.

(Wahrgenommen von Gebr. Arnold in Dresden.) Holland (100 Gulden) 7125. Dänemark (100 Kronen) 3870.

Bremen, 4. Januar. Offizielle Notierung der Baumwollpreise. American 10000...

Waldwerke in Kiel. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, auf das erhaltene Kapital von 71 Millionen Mark eine Dividende von 24 %...

Nußbaum & Rothschild, Bankgeschäft, Magdeburg-A.

Filiale Leipzig, Harkortstraße 1, gegenüber dem Reichsgericht. Tel. 6167. Bei allen Geschäften sind wir ausschließlich eigenhändige Selbstkäufer, resp. Selbstverkäufer, niemals Kommissionäre.

Large table with multiple columns listing various bank services, interest rates, and exchange rates.

Kirchennachrichten

Der 10. Sonntag nach Trinitatis, den 6. Januar 1922.

A. Evangelische Kirchenvereine.

Evangelische Kirchenvereine, die in der Stadt Dresden sich befinden, sind: ... (List of church societies and their members)

Familiennachrichten

Gestern abend 9 Uhr verschied nach längeren Leiden unsere herzengute, trauersorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Privata Selma verw. Kayser geb. Zimmermann

in ihrem 68. Lebensjahre. Um stilles Beileid bitten. Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 1/2 3 Uhr vom Trauerrhaus aus statt.

Sächsisch-Familiennachrichten.

Beerdigung: ... (Funeral notices for Dresden and surrounding areas)

Heirat

Heirat: ... (Wedding announcements)

Verreiter

Verreiter: ... (Notice regarding a deserter)

Diener gesucht

Diener gesucht: ... (Job advertisement for a servant)

Beamten

Beamten: ... (Notice for civil servants)

Scholar

Scholar: ... (Notice for a student)

Berwalter

Berwalter: ... (Notice for a manager)

Einheirat

Einheirat: ... (Wedding announcement)

baldiger Ehe

baldiger Ehe: ... (Notice regarding an imminent marriage)

Stellenmarkt

Stellenmarkt: ... (Job market section)

Berheirater, einfacher Gärtner

Berheirater, einfacher Gärtner: ... (Job advertisement for a gardener)

102 Schreib-Rackows

102 Schreib-Rackows: ... (Notice regarding a school or office)

auverläßige, gewandte Herren

auverläßige, gewandte Herren: ... (Notice regarding a group of men)

Krafffahrer gesucht

Krafffahrer gesucht: ... (Notice for a driver)

Kaufmännischer Lehrling

Kaufmännischer Lehrling: ... (Notice for a trainee)

Schokoladenmeister

Schokoladenmeister: ... (Notice for a chocolate maker)

Korrespondenten

Korrespondenten: ... (Notice for correspondents)

Stenotypistin

Stenotypistin: ... (Notice for a stenographer)

Kontorist

Kontorist: ... (Notice for an office worker)

Stubenmädchen

Stubenmädchen: ... (Notice for a chambermaid)

Buchhalterin - Besuch

Buchhalterin - Besuch: ... (Notice for an accountant)

Ainderfräulein

Ainderfräulein: ... (Notice for a young woman)

Hausmädchen

Hausmädchen: ... (Notice for a housemaid)

Wirtschafterin

Wirtschafterin: ... (Notice for a housewife)

Wirtschafterin - Besuch

Wirtschafterin - Besuch: ... (Notice for a housewife)

Wirtschafterin

Wirtschafterin: ... (Notice for a housewife)

Wirtschafterin

Wirtschafterin: ... (Notice for a housewife)

Wirtschafterin

Wirtschafterin: ... (Notice for a housewife)

Wirtschafterin

Wirtschafterin: ... (Notice for a housewife)

Wirtschafterin

Wirtschafterin: ... (Notice for a housewife)

Geischt

Geischt: ... (Notice regarding a spirit)

Wirtschaftsfräulein

Wirtschaftsfräulein: ... (Notice for a housewife)

tüchtige Mamsell

tüchtige Mamsell: ... (Notice for a maid)

einfl. fleißige Stütze

einfl. fleißige Stütze: ... (Notice for a support)

Junger Kaufmann

Junger Kaufmann: ... (Notice for a young man)

Mädchen

Mädchen: ... (Notice for a young woman)

Beihilfe Dame

Beihilfe Dame: ... (Notice for a woman)

Wohnungen

Wohnungen: ... (Notice for housing)

Guts-Stellmacher

Guts-Stellmacher: ... (Notice for a farm worker)

Bildergläser

Bildergläser: ... (Notice for picture frames)

Erstl. Mädchenpension

Erstl. Mädchenpension: ... (Notice for a pension)

2 oder 3 Büroräume

2 oder 3 Büroräume: ... (Notice for office space)

Buchhalterin - Besuch

Buchhalterin - Besuch: ... (Notice for an accountant)

Ainderfräulein

Ainderfräulein: ... (Notice for a young woman)

Hausmädchen

Hausmädchen: ... (Notice for a housemaid)

Wirtschafterin

Wirtschafterin: ... (Notice for a housewife)

Wirtschafterin - Besuch

Wirtschafterin - Besuch: ... (Notice for a housewife)

Geldmarkt

Geldmarkt: ... (Notice regarding the money market)

Grundstücke

Grundstücke: ... (Notice regarding land)

Erteilungshalber Zinshaus

Erteilungshalber Zinshaus: ... (Notice regarding a house)

Gut

Gut: ... (Notice regarding a farm)

Landgut

Landgut: ... (Notice regarding land)

Füchereigut

Füchereigut: ... (Notice regarding a farm)

Wagenpferd

Wagenpferd: ... (Notice regarding a horse)

Arbeitspferde

Arbeitspferde: ... (Notice regarding work horses)

Otto Merker

Otto Merker: ... (Notice regarding a person)

Gangochsen

Gangochsen: ... (Notice regarding oxen)

Gangochsen

Gangochsen: ... (Notice regarding oxen)

Wagenpferd

Wagenpferd: ... (Notice regarding a horse)

Arbeitspferde

Arbeitspferde: ... (Notice regarding work horses)

Otto Merker

Otto Merker: ... (Notice regarding a person)

Gangochsen

Gangochsen: ... (Notice regarding oxen)

Gangochsen

Gangochsen: ... (Notice regarding oxen)

Wagenpferd

Wagenpferd: ... (Notice regarding a horse)

Geldmarkt

Geldmarkt: ... (Notice regarding the money market)

Grundstücke

Grundstücke: ... (Notice regarding land)

Erteilungshalber Zinshaus

Erteilungshalber Zinshaus: ... (Notice regarding a house)

Gut

Gut: ... (Notice regarding a farm)

Landgut

Landgut: ... (Notice regarding land)

Füchereigut

Füchereigut: ... (Notice regarding a farm)

Wagenpferd

Wagenpferd: ... (Notice regarding a horse)

Arbeitspferde

Arbeitspferde: ... (Notice regarding work horses)

Otto Merker

Otto Merker: ... (Notice regarding a person)

Gangochsen

Gangochsen: ... (Notice regarding oxen)

Gangochsen

Gangochsen: ... (Notice regarding oxen)

Wagenpferd

Wagenpferd: ... (Notice regarding a horse)

Arbeitspferde

Arbeitspferde: ... (Notice regarding work horses)

Otto Merker

Otto Merker: ... (Notice regarding a person)

Gangochsen

Gangochsen: ... (Notice regarding oxen)

Gangochsen

Gangochsen: ... (Notice regarding oxen)

Wagenpferd

Wagenpferd: ... (Notice regarding a horse)

Auktionshaus Elsas

Große Kunst-Auktion

Im Auftrage der Eigner, Nachlaß- u. Konkursregulierungen usw. versteigere ich meistbietend gegen sofortige Barzahlung

Besichtigung: Montag den 9. Januar 1922, 10-7 Uhr, Versteigerung: Dienstag den 10. Januar, Donnerstag den 12. Januar 1922, vorm. 10-2, nachm. 4-7 Uhr,

im Feurich-Saal (Klindworth-Scharwenka-Haus), Lützowstr. 76, ca. 100 Perser-Teppiche, komplette Zimmer,

Brücken, Läufer, Galeriestücke

in allen Größen, bis 20 qm, in feinsten Kalpingarten der orientalischen Teppichkunst, s. z.:

Bedars, Täbris, Afghan, Kirman, Gobet- und Seides-Teppiche, Ferraghan, Mahal, Mossul, Schiras, Hamadam, Yamouth, Bergamo, Kazak, Serabend, Ladig, Schirwan, Dagestan, antike Figural-Teppiche, darunter seltene Sammlerstücke.

Ich bin wieder handhabe, die Teppiche unter allen Umständen zu restituieren, so daß (unabhängig davon) eine Perser-Teppiche von solchem Schmuck zu billigen Preisen zu erwerben.

Kaputtgelegte erste Rang, darunter und selbender Wert, da Kinder unmöglich.

Rudolph Elsas, Auktionator für Kunstsachen, Büro: Potsdamer Straße 74.

Perren-Spices-Büchermeter-Zimmer, Salons. Antike Möbel: Truhen, Stühle, Schränke, Kommoden und Einzel-Möbel der verschiedensten Stile.

Antike und moderne Porzellane. Marmorgruppen, China- und Japansachen. Kristall, Gläser, Vasen, Aufsätze. Zeichnungen, Aquarelle, Kupfer- und Stahlstiche. Miniaturen.

Malgemälde alter und moderner Meister, s. z.: Hanscher, Hoguet, Andreas Achenbach, Giovanni Segna, Krause, Gruyer, Dufardin, de Vries, Werner.

1 Konzert-Pflügel und vieles mehr.

Perren-Spices-Büchermeter-Zimmer, Salons.

Dresdener Nachrichten

Seite 7

1922

1922

1922

1922

